

Unser Bündnis mit Bulgarien.

# er Zeitung

Morgenblatt.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Goldmann

Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

**Preis der Anzeigen:**

Kolonelzeile 60 J., Abendl. 75 J.  
 Reklamen 42 J., Abendl. 42 50.  
 Familienanzeigen 41 J., Platz- u.  
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-  
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:  
 Unsere Expeditionen in Frankfurt  
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37.  
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3.  
 Berlin: Mauorstraße 16/18, Dresden: A.  
 Waisenhausstr. 25, München: Per-  
 sastr. 5, Offenbach: Bieberstr. 34.  
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-  
 straße 62. Uns. übrige Agentur  
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in  
 New York: 20 Broad Street.  
 Verlag u. Druck der Frankfurter  
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.  
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

## Unser Bündnis mit Bulgarien.

III. \*)

O. M. Sofia, Ende Juli.

Aus dem Rückblick auf die politische Entwicklung Bulgariens seit der Befreiung, den ich im vorausgegangenen Aufsatz gegeben habe, geht deutlich hervor, daß die Parteikämpfe und damit die Bildung der Ministerien fast nie von innerpolitischen Fragen bestimmt wurden; die auswärtige Politik oder, konkret ausgedrückt, die Alternative Oesterreich - Deutschland oder Rußland war es, welche das politische Leben Bulgariens leidenschaftlich gestaltete, ihm seine Probleme gab und den handelnden Personen die Gesetze des Kampfes vorschrieb. Der Entwicklungszustand des jungen Staates spiegelt sich in dieser Besonderheit seines politischen Lebens wieder: Bulgarien war von Rußland aus der türkischen Knechtschaft befreit worden; dieser geschichtlichen Tat des slavischen Großstaats lagen ideale und machtpolitische Motive zu Grunde, die ersteren durch das Wort von den „slawischen Brüthern“ popularisiert, die letzteren, das Streben nach Ohzang, als Ziel der imperialistischen Politik Rußlands bald verheimlicht, bald offen zugestanden. Dankbarkeit konnte Bulgarien nur gegen jenen idealistischen Zug der russischen Politik empfinden, während ihm der Machthunger des großen Wohltäters die stärksten Bedenken für die Zukunft seiner Freiheit einflößen mußte. So machte die bulgarische Politik alle Schwankungen und Unsicherheiten mit, denen Europa seit dem Berliner Kongreß ausgesetzt war, und die Lockspeise, die Rußland je nach Bedarf der bulgarischen Liebe aussetzte, war die mazedonische Frage, der noch ungelöste Rest der nationalen Befreiung. So stark war auch in dem nüchternen Staat der Bulgaren diese nationalistische Idee, daß die realpolitische Vorsicht gegen Rußland schwieg, als unter dessen Führung der Balkanbund gegen die Türkei gegründet wurde, obwohl es schon damals offensichtlich war, daß Rußland weniger das Ziel der Befreiung Mazedoniens verfolgte, als den Wunsch hatte, den Zentralmächten den Weg nach Konstantinopel als dem Sitze eines kräftigen und lebendigen türkischen Staatswesens zu verlegen. Aber die Zweideutigkeit der russischen Balkanpolitik rächte sich: da sie der Versuchung nicht widerstehen konnte, Mazedonien an Serbien auszuliefern, das nicht nur aus idealen, sondern auch aus machtpolitischen Interessen mit Rußland verbunden war, zwang es Bulgarien, wie ein enttäuschter Träumer sich den Tatsachen des Lebens zuzuwenden: so kam nach einer langen Periode russischer gerichteter bulgarischer Politik das Kabinett Radoslawow zur Regierung, das den Uebergang zu den Zentralmächten vollzog.

Ist dieser Uebergang dauernd, soweit man in der Politik von dauernden Erscheinungen sprechen darf, oder haben wir darin eine der Nuancen der bulgarischen Politik zu erblicken, wie sie eben für dieses Land bezeichnend waren, das mit seinen Sonderinteressen in die großen Streitfragen Europas eingeklemmt saß und von diesem hin- und herbewegt wurde? Dies ist das Grundproblem bulgarischer Politik und zugleich die Hauptfrage, die Deutschland heute und morgen an den kriegsverbündeten Staat zu richten hat. Es ist selbstverständlich, daß eine Antwort nur unter der Voraussetzung zu geben versucht wird, daß die Kriegslage im wesentlichen so günstig bleibt, wie sie heute ist, und daß ihr entsprechend die politische Neuordnung Europas und besonders des Balkans die Wünsche und die Verdienste Bulgariens um die gemeinschaftliche Sache befriedigt. Aber auch dann wäre es denkbar, daß das geschlagene und zu einem nachgiebigen Frieden genötigte Rußland seine Balkanpolitik wieder aufnehme und hierzu die Brücke zu Bulgarien wieder herzustellen suche. Theoretisch könnte daraus für Bulgarien die Versuchung abgeleitet werden, aufs neue zwischen den großen in Europa herrschenden Tendenzen zu spielen und aus einer solchen Politik die bulgarischen Interessen zu befriedigen. Es liegt nahe, solche Gedankengänge bei den Politikern zu vermuten, die den heutigen Kurs der bulgarischen Politik nur ungern gesehen haben und deren Vergangenheit durch den Umschwung der Dinge ausgelöscht wurde. Ausgesprochen wurden solche Meinungen jedenfalls öffentlich nicht; im Gegenteil haben Führer der Opposition im Parlament erklärt, daß sie die auswärtige Politik des Kabinetts in allen ihren Folgerungen unterstützten. Inwiefern aber in einem Teil der Opposition der Hintergedanke lebt, daß Bulgarien sich den Weg nach Petersburg offen halten müsse, ist natürlich schwer festzustellen, umsomehr als

\*) Siehe Erstes Morgenblatt vom 18. Juli und Zweites Morgenblatt vom 30. Juli.

Malinow, der als natürliches Haupt einer solchen Richtung gelten mußte, klug genug ist, zu schweigen. Unstreitig aber bestimmt der Verdacht, daß ein Teil der Opposition in der auswärtigen Politik noch nicht als sattefest angesehen werden kann. — ob mit Recht oder mit Unrecht, lassen wir einstweilen dahingestellt sein — das Verhältnis der Regierung und vor allem ihres Chefs Radoslawow zu den Parteien der Kammer, die der Mehrheit nicht angehören. Dies war der eigentliche Inhalt der leichten Regierungskrise während der kurzen Sommerregierung der Sobranje. Außerlich drehte sich der Konflikt um Fragen der inneren Politik, wie Budget, Lebensmittelversorgung, Teuerung u. a. m. Innerlich aber stand der Anspruch der Opposition, zur Teilnahme an den Regierungsgeschäften zugelassen zu werden, zur Entscheidung. Die Ansprüche der Minderheit gründeten sich in der Agitation auf die Lage des Staates, die alle Parteien zur Mitarbeit an den nationalen Aufgaben rufe. Diese Begründung hätte, wenn sie ohne Parteiegoismus erhoben würde und wenn nicht gar verstellte Gegnerschaft gegen die neuen Lebensziele Bulgariens dahinter stehen, wohl vieles für sich; denn was kann einem Staat nützlicher sein, als wenn im Kriege und in Zeiten, in denen alle Kräfte zum Sieg angespannt werden sollten, die ganze Nation einmütig und arbeitsam hinter den Regierenden und den draußen Kämpfenden steht? Aber es scheint, daß Radoslawow, der in einem langen politischen Leben ein nüchterner Betrachter der politischen Verhältnisse seines Vaterlandes geworden ist, der Meinung ist, daß man solchen rein idealen Begründungen gegnerischer Ansprüche nicht unbedingt vertrauen dürfe. Die Pflicht, sein Werk zu Ende zu führen, die Verantwortung die er durch die Teilnahme am Krieg übernommen hat, und daneben wohl auch das Bestreben, sich und seiner Partei die Erfolge des mutigen Handelns zu sichern, haben ihn bisher dazu bestimmt, die formelle Teilnahme der Opposition an der Regierung abzulehnen. Die Partei- und Mehrheitsverhältnisse, die ich im letzten Artikel darlegte, machen dies Beharren nicht ganz leicht; aber es ist Radoslawow, wie man gesehen hat, inzwischen gelungen, durch ein Entgegenkommen in der Budgetfrage seine Mehrheit nicht nur zu halten, sondern sogar durch Zugug von zehn gegnerischen Abgeordneten zu verstärken. So ist bis auf weiteres die Regierung, die den Bund Bulgariens mit uns vertritt, gesichert und auch der flüchtigsten Hoffnung unserer Gegner, in Bulgarien Kriegsmüdigkeit oder gar Widerstand gegen die Fortführung der Politik an der Seite der Mittelmächte feststellen zu können, jeder Boden entzogen. Jedenfalls ist während des Krieges eine Neubildung der bulgarischen Regierung so gut wie unmöglich, bei der nicht Radoslawow und sein Anhang den bestimmenden Einfluß haben.

Aus dieser Sachlage nun den Schluß zu ziehen, daß unser Verhältnis zu Bulgarien, um es scharf auszudrücken, mit der Person Radoslawows stehe oder falle, hieße das Wesen und die Bedeutung von Persönlichkeiten in der Politik überschätzen und das Gewicht der Tatsachen, Interessen und grundlegender Veränderungen der europäischen Lage verkennen; abgesehen davon, daß auch in einem demokratisch regierten Land wie Bulgarien wichtige Staatsfragen nicht ohne einen so ausgeprägten und bedeutenden politischen Faktor gelöst werden können, wie ihn König Ferdinand darstellt. Es ist, wie ich schon bei der Kennzeichnung der Parteien bemerkt habe, wenig wahrscheinlich, daß die demokratische Partei mit ihrem starken Gehalt an politischer Energie und Intelligenz lange oder dauernd von der Regierung ausgeschlossen werden kann. Aber jede neue Regierung fände schon heute so sehr veränderte Grundlagen der auswärtigen Politik und auch der inneren Stimmung vor, daß sie gar nicht in der Lage wäre, die Politik des heutigen Kabinetts in der Richtungslinie zu ändern. Die Kriegsziele Rußlands und der Entente vertragen sich nun einmal nicht mehr mit den Interessen Bulgariens, das nur durch Vernichtung Serbiens oder durch dessen Herabminderung bis zur Unschädlichkeit seine heutige Stellung als zentrale Vormacht auf dem Balkan aufrechterhalten kann. Mit der Einverleibung Mazedoniens, die Bulgarien seinen eigenen Waffen und der Hilfe der heutigen Verbündeten verdankt, hat das russische Balkanprogramm jede idealistische Werbestraft für Bulgarien verloren; es enthält nur noch das realpolitische Element, den Drang nach Konstantinopel, der den bulgarischen Interessen zuwiderläuft. Daß Rußland versuchen wird, in Bulgarien einen Bundesgenossen gegen die Türkei zu finden, ist zwar möglich, ja wahrscheinlich, aber es ist kaum zu befürchten, daß sich ein bulgarischer Politiker zu einer Aufgabe mißbrauchen läßt, in der für Bulgarien kein Gewinn zu holen ist, da es in byzantinischen Träumereien mit Rußland nicht weiterfeiern will und kann, da es seine Grenzansprüche gegen die Türkei durch den allerdings nicht unbelasteten Abtretungsvertrag vom Sommer letzten Jahres beglichen hat